

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/05/2011

über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 20.06.2011,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 22:35 Uhr

### Anwesend

#### Vorsitz

Herr Werner Bandick

#### Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

ab TOP 2

Frau Sabrina Bosse

Frau Doris Brandt

Frau Marion Clasen

Herr Christian Conring

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

Herr Jörg Hansen

Herr Dieter Heidenreich

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

Frau Nina Holers

Herr Tobias Koch

Herr Wolfgang König

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Herr Horst Marzi

Herr Hartmut Möller

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Bela Randschau

Herr Steffen Rotermundt

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

bis TOP 11 teilw.

Frau Martina Strunk

Frau Doris Unger

Frau Birte Voss

Herr Roland Wilde

Frau Petra Wilmer

**Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Frau Anna Braun

Herr Klaus Butzek

Herr Walter Schneider

Kinder- und Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Seniorenbeirat

**Verwaltung**

Herr Michael Sarach

Frau Gabriele Fricke

Herr Ulrich Kewersun

Herr Horst Kienel

Herr Hanno Krause

Herr Thomas Reich

Herr Andreas Zimmermann

Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2011 vom 23.05.2011
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Antrag der WAB-Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung zur Umbesetzung von Ausschüssen **AN/038/2011**
7. Planung und Bau einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule **2011/068**
8. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 30.11.2010 gestellten Anregungen  
- Kenntnisnahme - **2011/067**
9. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich Beitritt zum Antirassistischen Bündnis Stormarn **2011/086**
10. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an die Stadtverordnetenversammlung  
- Anfrage an den Bürgermeister über Erstellung eines detaillierten Maßnahmenkataloges - **AN/030/2011**
11. Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394 **2011/037**  
- Beschluss für die Ausschreibung eines Gutacherverfahrens für die Entwicklung des Areals "Lindenhof"  
Antrag (Alternative zur Vorlage 2011/037) der SPD-Fraktion - Gutachterverfahren Lindenhof vom 16.03.2001 (AN/020/2011)
12. Flächennutzungsplan **2011/060**  
- Aufstellungsbeschluss
13. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Bürgermeister zum Realisierungskonzept 1. BA Gutshof **AN/031/2011**
14. Antrag der CDU-Fraktion zum Nachtrag Stellenplan 2011 **AN/037/2011**

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Bandick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 2. Einwohnerfragestunde

**Frau Sarah Lang**, 1. Vorsitzende der Jugendkulturinitiative in Ahrensburg, empfindet es als Widerspruch, dass einerseits erklärt werde, dass es in Ahrensburg ein Problem mit Rechtsextremismus gebe, andererseits jedoch ein antirassistisches Fußballturnier durch die Stadt mit hohen Auflagen versehen werde. Sie verweist auf ihren Vortrag in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2011. Sie befürwortet den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Mitgliedschaft im antirassistischen Bündnis. Wichtig sei, dass man sich offen gegen Rechtsextremismus bekenne.

**Frau Tammerna** fügt ergänzend hinzu, dass sie an einem Wochenende im April ca. 60 Plakate mit rechtsextremistischen Äußerungen aus der Innenstadt entfernt habe.

**Frau Tammerna** empfindet die vorgeschlagene Bebauung des Lindenhofes als zu massiv und schlägt eine angemessene Bebauung mit zum Beispiel einer Tourismuszentrale oder der Wiederherstellung eines liebenswerten Lindenhofes als Bürgertreff vor.

Bürgermeister Bandick verweist auf die Beratung der beiden wie vor genannten Tagesordnungspunkte im Rahmen der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

**Frau Eyleen Kroll** berichtet, dass am 16. Juni 2011 ein Gespräch der Wassersporttreibenden Vereine mit der badlantic-Leitung erfolgreich über die Verblockung stattgefunden hat. Ausstehend sei die finanzielle Einigung mit dem Hinweis der badlantic-Verwaltung, dass die finanzielle Beteiligung Angelegenheit der Stadt sei, sodass die Erforderlichkeit der Teilnahme eines Vertreters der Stadtverwaltung bzw. eines Vertreters der Stadtverordnetenversammlung sei. Sie bittet um Auskunft über die weitere Verfahrensweise.

Bürgermeister Sarach sagt zu, dass er unverzüglich mit der Geschäftsführerin Frau Trube Kontakt aufnehmen und die offenen Fragen klären wird.

**Herr Knoll** bedankt sich, dass Bürgermeister Sarach die Fragen zur Nordtangente beantwortet hat. Er vertritt die Auffassung, dass eine bestimmte Trasse für das Planfeststellungsverfahren festgelegt werden muss.

In Bezug auf den Lindenhof sei er erstaunt, dass diese Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden sei und verweist auf die gesamtstädtische Bedeutung dieses Projektes im Hinblick auf Verkehr und Nutzung. In der Zukunftswerkstatt habe man sich deutlich für eine kulturelle Nutzung

dieses Grundstücks ausgesprochen. Er regt die Fertigung eines Modells zwecks Darstellung der Maßstäblichkeit an.

Bürgervorsteher Bandick verweist auf die Behandlung der Angelegenheit Bebauung Lindenhof und damit auch Beantwortung der Anfrage im Rahmen des Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung.

**Herr Mächler** bedauert, dass die Vorlage Bebauung Lindenhof, die seit Anfang März datiere, nicht in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei. Die Vorlage sei auch im Hinblick auf Formulierungen wie „möglich sind zwei Untergeschosse“ oder „Wohnungen seien fraglich wegen des Lärms“, „der Großbaumbestand soll nach Möglichkeit erhalten bleiben“ nicht eindeutig.

**Herr Schmidt** verliest das anliegende Schreiben des ehemaligen Stadtverordneten, Herrn Rohweder, mit der Bitte, dem Beitritt zum antirassistischen Bündnis zuzustimmen (**siehe Anlage**).

**Frau Krogmann** verweist auf die Zukunftswerkstatt, wonach sich die Bürger eine kulturelle und keine gewerbliche Nutzung des Lindenhofgrundstückes wünschen würden.



## **5. Bericht des Bürgermeisters**

### **1. Fazit Stadtfest Ahrensburg**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass das diesjährige Stadtfest gut besucht und nicht auffälliger als in den vergangenen Jahren war.

### **2. Berichterstattung des Stormarnteils Hamburger Abendblatt am 20.06.2011 „Treff des Unternehmerinnenzentrums Ahrensburg“**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass in dem obengenannten Bericht eine Geschäftsführerin zitiert werde, die eine Produktion in Ahrensburg ansiedeln wollte, aber nach ihren Aussagen auf wenig Interesse gestoßen sei. Hierzu führt Bürgermeister Sarach aus, dass er in dem Gespräch mit der Geschäftsführerin deutlich gemacht habe, dass die Stadt die Realisierung des Projektes gerne begleiten möchte. In dem Gespräch habe er um eine Projektbeschreibung gebeten, um gemeinsam eine geeignete Fläche zu suchen. Die Geschäftsführerin habe sich nach dem Gespräch jedoch nicht wieder gemeldet. Auf Nachfrage wurde Bürgermeister Sarach mitgeteilt, dass sie ein entsprechendes Grundstück und Halle in Bargtheide erworben hat.

### **3. Facebook-Party in Ahrensburg**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass entgegen den Befürchtungen der Stadt nur einige Interessierte zur Facebook-Party erschienen sind, wobei dies vermutlich auf die Reaktion der Stadt in der Öffentlichkeit mit Hinweis auch auf die Haftungsfrage und der Einberufung eines Leit-zentrums, um mit allen Kräften die neue Lage einzuschätzen, zurück-zuführen ist. Insofern war man von der Stadt vorbereitet. Zurzeit werden die Kosten ermittelt. Bürgermeister Sarach ist überzeugt, dass es gelingen wird, den Veranstalter ausfindig zu machen.

**6. Antrag der WAB-Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung zur Umbesetzung von Ausschüssen AN/038/2011**

Stadtverordneter Schmick stellt seinen Antrag der WAB-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen (AN/038/2011) mit folgender Ergänzung vor, dass Frau Karin Schmick neben dem Umweltausschuss auch den Bau- und Planungsausschuss verlässt.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Antrag der WAB-Fraktion zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**



**8. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 30.11.2010 gestellten Anregungen  
- Kenntnisnahme -**

Die Stadtverordneten nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

## 9. **Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezüglich Beitritt zum Antirassistischen Bündnis Stormarn**

Stadtverordnete Holers vertritt die Auffassung, dass auch in Ahrensburg Probleme mit dem Rechtsextremismus u. a. Prügeleien, Anbringen von Spuckies, wildes Plakatieren, Beschmieren von Wänden etc. vorhanden seien; auch wenn diese nicht vergleichbar seien mit den Städten Reinfeld, Bargtheide, Bad Oldesloe oder Mölln. Mit dem Antrag will Bündnis 90/Die Grünen ein Zeichen gegen Rassismus und gegen Diskriminierung setzen. Man sollte zum jetzigen Zeitpunkt präventiv tätig werden.

Frau Lisa Brauner vom Kinder- und Jugendbeirat befürwortet die Mitgliedschaft im Antirassistischen Bündnis, da es in Ahrensburg vereinzelt rechtsextreme Aktivitäten geben würde. Das Thema Rechtsextremismus sollte in den Schulen thematisiert werden.

Stadtverordneter Koch stellt klar, dass jede Fraktion jede Art von Extremismus – Rechts- oder Linksextremismus – aufs stärkste als Demokraten bekämpfen wird. Gegenstand ist nicht die inhaltliche Positionierung des Themas, sondern die Frage, ob die Mitgliedschaft Ziel bringend sei. Geklärt werden sollte die Mitarbeit, die Strukturen und die Art des Einbringens beim Bündnis ARABUES.

Stadtverordneter Möller stellt klar, dass im Hauptausschuss nicht die Inhalte des Bündnisses Gegenstand sondern allein die Mitgliedschaft Bündnis ARABUES war. Laut entsprechender Diskussion im Hauptausschuss sei die Wahrnehmung der Mitgliedschaft als zusätzliche Aufgabe durch die Stadtverwaltung mit der zurzeit von der Stadt durchzuführenden Aufgabenkritik nicht vereinbar, sodass aus formalen Gründen im Hauptausschuss eine Ablehnung der Mitgliedschaft erfolgte. Unabhängig hiervon bestehe die Möglichkeit, dass die Stadtverordnetenversammlung als Gremium einen Vertreter entsenden könnte.

Stadtverordnete Unger sieht die Mitgliedschaft der Stadt im ARABUES als nicht zielgerichtet und verweist u. a. darauf, dass bereits die Jusus der Stadt Ahrensburg im ARABUES vertreten sind. Stattdessen sollten Hinweise an die Verwaltung und damit auch an die Politik von jedem über rechtsextreme Plakatierungen etc weitergereicht werden.

Stadtverordneter Schmick weist darauf hin, dass dadurch dass die Stadtverordneten ihre Zeit opfern und sich ehrenamtlich betätigen, sie wesentlich dazu beitragen, dem Rechtsextremismus vorzubeugen. Er sieht durch den Beitritt keine Möglichkeit, etwas Positives zu bewirken. Als Stadtverordneter sind sie verpflichtet neutral zu reagieren sowie Links- als auch Rechtsextremismus zu bekämpfen.



**10. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an die Stadtverordnetenversammlung AN/030/2011**  
**- Anfrage an den Bürgermeister über Erstellung eines detaillierten Maßnahmenkataloges -**

Bürgermeister Sarach beantwortet die Anfrage der Grünen an die Stadtverordnetenversammlung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen wie folgt:

„Am 17.11.2008 stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bauausschuss den Antrag, einen detaillierten Maßnahmenkatalog zu erstellen, der aufzeigt, wie das Ökokonto der Ausgleichsflächen im Ahrensburger Stadtgebiet wieder aufgefüllt werden kann (AN 021/2008). Der Antrag wurde am 03.12.2008 im Bau- und Planungsausschuss einstimmig angenommen (Niederschrift zur Sitzung BPA/19/2008, Punkt 9).

**1. *Wie kann das Ökokonto der Ausgleichsflächen im Ahrensburger Stadtgebiet wieder aufgefüllt werden (Maßnahmenkatalog)?***

Die Ausgleichsflächenthematik wurde regelmäßig im Umweltausschuss behandelt. Dabei wurde stets über den Bestand an Ausgleichsflächen und die Umsetzung bestehender Ausgleichsverpflichtungen im Rahmen von laufenden B-Planverfahren berichtet. Im FD IV.2 wird zurzeit ein Konzept im Sinne eines Maßnahmenkatalogs nach landwirtschaftsplanerischen Überlegungen erarbeitet, das dem BPA in Kürze präsentiert wird.

**2. *Was hat die Verwaltung in der Zwischenzeit unternommen, um das Ökokonto für Ausgleichsflächen wieder aufzufüllen?***

Seit dem November 2008 wurden weitere Grundstücke zu Ausgleichsflächen für laufende B-Planverfahren bereitgestellt, z. B. am Strusdiek und an der Ewigen Weide sowie im Auetal (ehem. Schützenhaus, ehem. Tennisplätze).

**3. *Kommt die Stadt dem Beschluss nach, Ausgleichsflächen auf eigenem Stadtgebiet zu schaffen? Wenn ja, wo werden bzw. wurden diese Flächen geschaffen? Wenn nein, warum nicht?***

Die Bereitstellung von Ausgleichsflächen auf dem eigenen Stadtgebiet ist abhängig von dem Angebot auf dem Grundstücksmarkt. Inwieweit Flächen in Zukunft überhaupt und zu geeigneten Konditionen zum Verkauf stehen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzen.

**4. *Was wird die Verwaltung zukünftig unternehmen, um den Beschluss umzusetzen?***

Ziel ist, Ausgleichsmaßnahmen im Ahrensburger Stadtgebiet sicherzustellen. Sowohl mit der Ausgleichsagentur als auch mit der Landwirtschaftskammer bestehen regelmäßige Kontakte, um eine finanzielle Ablösung der Ausgleichsverpflichtungen über Ökopools außerhalb der

Stadtgrenzen zu ermöglichen (für B-Plan 77 notwendig). In Kürze werden auch Abstimmungsgespräche mit der unteren Naturschutzbehörde aufgenommen. Im Zuge der Neuaufstellung des Landschaftsplanes sollen Ausgleichsmöglichkeiten dargestellt werden.

Stadtverordnete Löwer bittet um Auskunft, wann das Ausgleichsflächenkonzept im Umweltausschuss behandelt wird.

***Anmerkung der Verwaltung***

*Die Behandlung des Ausgleichsflächenkonzeptes ist in der Sitzung des Umweltausschusses am 14. September 2011 vorgesehen.*

**11. Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394  
- Beschluss für die Ausschreibung eines Gutacherverfahrens für die  
Entwicklung des Areals "Lindenhof"  
Antrag (Alternative zur Vorlage 2011/037) der SPD-Fraktion - Gutachter-  
verfahren Lindenhof vom 16.03.2001 (AN/020/2011)**

Stadtverordneter Möller kritisiert, dass die Vorlagen-Nr. 2011/037 nicht eindeutig sei, u.a. sei der Gegenstand des in der Vorlagen-Nr. 2011/037 aufgeführten Gutachterverfahrens nicht beschlossen; bei Nichtzustimmung zu dieser Vorlage sei nicht nachvollziehbar, ob man gegen den Inhalt oder gegen die Durchführung des Gutachterverfahrens stimme. Es bestehe die Gefahr, dass ein B-Plan vorgeschlagen werde, der nur den Vorstellungen von Investoren folgen würde. Er fordert eine klare Entscheidung über das was am Lindenhof gebaut werden könne und im zweiten Schritt über das wie. Der Antrag der SPD-Fraktion schlägt deshalb eine städtebauliche Untersuchung vor, um eine optimale Bebauung mit vorgeschlagenen Alternativen für das Lindenhofgelände zu erreichen.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass sowohl in dem Antrag der SPD-Fraktion als auch in der Vorlage positive Ansatzpunkte vorhanden seien. Die WAB-Fraktion habe jedoch sowohl zum Antrag als auch zur Vorlage Klärungsbedarf, sodass keine Zustimmung erfolgen könne.

Stadtverordneter Koch weist auf die Beschlussfassung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2010 hin, das auch den Lindenhof mit der Festsetzung einer Mischnutzung umfasse. Insofern sei die Art der Nutzung bereits geklärt und eine erneute Begutachtung nicht erforderlich. Die Vorlage sehe die Durchführung eines Architektenwettbewerbs von acht bis zehn Architektenbüros mit der Erarbeitung von Vorschlägen über eine mögliche Bebauung des Lindenhofgeländes vor. Die Zustimmung zu einem bestimmten Entwurf im Rahmen des Architektenwettbewerbs treffe die Stadtverordnetenversammlung. Die Kosten trage der zukünftige Vorhabenträger.

Stadtverordneter Haase erläutert, dass eine Anhandgabe des Grundstückes vom Finanzausschuss an einen Projektentwickler für ein Jahr zwecks Veräußerung des Grundstückes erfolgt sei. Dem Bau- und Planungsausschuss sei in nicht öffentlicher Sitzung wegen der Anhandgabe der Entwurf bekanntgegeben. Das ISEK sei ausschließlich ein rechtsunverbindlicher Rahmenplan mit einem groben Zuschnitt. Bevor eine endgültige Bebauung des Lindenhofes zugestimmt werde, müssten u.a. grundsätzliche Fragen im Hinblick auf die Verdoppelung der Parksuchverkehrs in den nächsten 15 Jahren und gegebenenfalls Erweiterung um ein Stadtbussystem wie Änderung und Erweiterung des S-Bahnhofes, der zukünftigen höheren Nachfrage nach Stellplätzen für Kfz und nach Erweiterung von Fahrradstellplätzen durch ein Fahrradhaus usw. geklärt werden.

Stadtverordneter Bellizzi kritisiert, dass nicht frühzeitiger mit Anhandgabe des Grundstücks an den Investor Beratungen über eine mögliche Bebauung erfolgt seien. Die FDP-Fraktion wird entsprechend der Vorlage zustimmen.

Stadtverordneter Hansen verweist in Bezug auf die Einwohnerfragestunde, dass die Angelegenheit zweimal in öffentlicher Sitzung des Bau- und Planungsausschusses behandelt worden sei. Stadtverordneter Hansen stimmt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der SPD-Fraktion zu, da dieser weitfassender sei.

Stadtverordneter Möller weist darauf hin, dass durch den Antrag keine zusätzlichen Kosten entstehen würden, da die Untersuchung durch die Fachkräfte im Bauamt durchgeführt werden würden.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Heidenreich, Koch, Schmick und Langbehn.

Stadtverordneter Schmick beantragt Ende der Debatte. Dem Antrag wird mit 21 dafür, 11 dagegen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Anschließend wird über den Antrag der SPD-Fraktion AN 020/2011 „Gutachterverfahren Lindenhof“, der wie folgt lautet:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die zukünftige Nutzung des Lindenhofgrundstücks eine unabhängige städtebauliche Untersuchung durchführen zu lassen, in der ermittelt wird, welche Art der Nutzung optimal geeignet ist, die Funktion der Innenstadt zu fördern und positive Auswirkungen für ganz Ahrensburg zu generieren.
2. Für andere Nutzungen (wie z. B. im ISEK formuliert) ist zu untersuchen und abzuwägen, welche positiven und negativen Rückwirkungen die Nutzungen auf Ahrensburg, auf die Innenstadt und auf die Verkehrsabwicklung in der Innenstadt und im Bahnhofsumfeld haben würden.
3. Die Ergebnisse der o. g. Untersuchungen dienen den Gremien als Entscheidungshilfe für den möglichen Aufstellungsbeschluss eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Der Aufstellungsbeschluss ist Voraussetzung für die eventuelle Auslobung eines Wettbewerbs für die Ausgestaltung einer bestimmten Nutzung.
4. Aufträge nach Ziffer 1 und 2 dürfen erst erteilt werden, wenn explizit dafür Mittel im Haushalt bereit gestellt worden sind.

abgestimmt:

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>14 dafür</b>
	<b>17 dagegen</b>
	<b>2 Enthaltungen</b>

Der Antrag ist somit abgelehnt





**13. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen an den Bürgermeister AN/031/2011 zum Realisierungskonzept 1. BA Gutshof**

Die Anfrage wird von Bürgermeister Sarach wie folgt beantwortet:

**1. Ist die geplante Höhe der Investitionskosten eingehalten worden?**

Ja.

**2. Falls nein, wie hoch waren die tatsächlichen Investitionskosten?**

Entfällt.

**3. Sind die Ziele wie oben in Punkt 1 und 2 erreicht worden?**

2006 ist der 2. Bauabschnitt der Sanierungsmaßnahme Kulturzentrum Marstall abgeschlossen worden, ohne den gesamten Außenbereich dabei zu berücksichtigen. Bei der oben genannten Maßnahme handelt es sich um das erste von 9 Teilprojekten des gesamten Realisierungskonzeptes, bei dem nur ein Teil des Gutshofes saniert wurde. Die zeitliche und räumliche Bündelung der Maßnahmen im Realisierungskonzept sollte als Katalysator für wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen im gesamten Stadtgebiet wirken und gleichzeitig damit langfristige Zukunftsperspektiven für das gesamte Schlossensemble initiieren. Von dem ablehnenden Beschluss zur Umsetzung des 3. Teilprojektes (Schlosspark) in 2010 ist auch die Zielerreichung des 1. Teilprojektes betroffen. Unter anderem stehen keine Planungsmittel für das Projekt Großparkplatz zur Verfügung, obwohl mehrfach Bedarf für einen Parkplatz für Großveranstaltungen (ca. 200 Pkw) gemeldet wurde.

Aus Sicht der Verwaltung ist das Ziel des Realisierungskonzeptes 1. BA Gutshof, das Kulturzentrum Marstall als Veranstaltungsort zu entwickeln und zu stärken dennoch grundsätzlich erreicht worden, da durch diese Baumaßnahmen erstmalig sowohl eine hochwertige, komfortable und repräsentative Eingangssituation für die Reithalle als auch eine einladende Antrittsfläche zur gesamten Hofanlage geschaffen wurden. Durch die Herrichtung und Ausstattung (Große Tafel, Außenlager, etc.) ist das Ziel zusätzlicher Nutzungen innerhalb und außerhalb des Gebäudekomplexes ermöglicht worden. Die Anlage der befestigten Flächen wurde sowohl für die Stellplatznutzung als auch für Freiluftveranstaltungen erneuert. Diese multifunktionale Nutzung war relevant für die Förderfähigkeit durch das Städtebauförderungsprogramm 2006 bis 2009.

**4. Wie viele und welche Veranstaltungen sind seit der Einweihung des Multifunktionsplatzes durchgeführt worden?**

Nach Fertigstellung wurde die Bewirtschaftung der Fläche dem Kulturzentrum Marstall e. V. per Vereinbarung überlassen, um eine zeitliche Koordination aller Veranstaltungen im Bereich des Schlossensembles (inkl. Parkhotel als Bewirtschafter des Schlosskellers, der Schlossinsel und der Remise) zu gewährleisten.

Der direkte Außenbereich um das Foyer und die Reithalle werden regelmäßig in den Monaten, die eine Freiluftnutzung erlauben, begleitend zu Veranstaltungen in der Reithalle (z. B. „à table“) genutzt.

Die Multifunktionsfläche (auch Stellplatzfläche) ist bereits für insgesamt 15 Veranstaltungen durch die Stadt/FD I.4 für Maßnahmen des Stadtmarketings genutzt worden:

2008:

6 Public-Viewing – Veranstaltungen anlässlich der Fußball-EM,  
5 x Sommerkino

2009:

4 x Sommerkino

Da die Stellplatzsituation für das gesamte Schloss-Ensemble bei größeren Veranstaltungen ohnehin unzureichend ist (fehlender Großparkplatz), hat sich die Vermietbarkeit dieser Fläche als schwierig erwiesen, weil dadurch weitere Stellplätze entfallen. Anfragen über das Parkhotel zu verschiedenen Veranstaltungen sind nach Auskunft des Kulturzentrum Marstalls bislang z. B. an der problematischen Fixierung für Zelte oder an der Größe der Fläche für Bühnenaufbauten gescheitert. Potentielle Veranstalter bevorzugen nach der Begutachtung vor Ort z. B. die Fläche auf der Schlossinsel bzw. die Flächen der Großen Straße.

**5. Wie hoch sind die Einnahmen durch die durchgeführten Veranstaltungen?**

Die oben genannten Veranstaltungen sind durch die Stadt durchgeführt worden. Eine Miete wurde aufgrund der Vereinbarung nicht entrichtet.

Gesamtausgaben der 15 Veranstaltungen:	47.269 €
Sponsoring:	10.000 €
Eintrittsgelder für 4 Veranstaltungen:	<u>1.635 €</u>
Verbleibende Ausgaben:	<u><b>35.634 €</b></u>

**6. Wie hoch sind die jährlichen Unterhaltungskosten?**

Die Unterhaltung dieser neu gestalteten Außenfläche war bis 2010 in der Abrechnung der Baumaßnahme als Garantieleistung enthalten. Laut Planung betragen die Unterhaltungskosten für den gesamten Außenbereich 4.000 € p. a. (1 € pro m<sup>2</sup>).

**7. Was ist von der Stadt gemacht worden, um den Veranstaltungsort bekannter zu machen?**

Die Stadt hat in 2008 und 2009 die oben genannten Initialveranstaltungen (siehe 4.) durchgeführt.

Aufgrund des erheblichen Aufbaus von Zeitguthaben i. S. d. DV Gleitende Arbeitszeit bei den beteiligten Mitarbeitern sowie einer Kürzung der Mittel von 52.000 € auf 15.000 € wurde die Fortführung von Veranstaltungen auf dem Gutshofgelände über das Jahr 2009 hinaus von der Verwaltungsleitung untersagt.

An dieser Stelle zeigt sich deutlich der erforderliche Bedarf einer gebündelten Vermarktung des Schlossensembles in Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing. Die Voraussetzungen, wie z. B. durch ein zentrales Kulturbüro als Vernetzungs- und Serviceagentur sind zurzeit nur konzeptionell erfasst (siehe Kulturplan 2010).

**8. Welche Veranstaltungen sind für 2011 geplant?**

Buchungen bzw. Reservierungen für 2011 liegen bisher nicht vor.

**9. Ist der Eindruck richtig, dass sich die Befürchtungen aus der oben zitierten BPA Sitzung bewahrheitet haben?**

Es hat sich gezeigt, dass es durch die erhöhte Anzahl der Veranstaltungen sowohl im Kulturzentrum Marstall als auch im oder am Schloß Ahrensburg ein erhöhter „Parkdruck“ festzustellen ist.

Eine Nutzung dieser Fläche für eine Freiluftveranstaltung schließt eine gleichzeitige Nutzung in den Räumen bzw. auf den anderen Flächen des Schlossensembles aus, da der Großparkplatz fehlt.

**10. Warum ist die vorgeschlagene Schranke sowie die Poller nicht realisiert worden?**

Es stehen Poller zur Verfügung, die bei Bedarf eingesetzt werden können. Da die Anlieferung des Parkhotels nur über die hintere Fahrgasse des Platzes erfolgen kann, wurde dies schon bei der Planung des Platzes berücksichtigt. Eine alternative Anlieferungszufahrt steht nicht zur Verfügung. Vom Einbau einer Schranke wurde deshalb abgesehen. Seit der Eröffnung im Januar 2008 ergaben sich durch diesen Umstand auch bei Veranstaltungen auf dieser Fläche keinerlei Probleme.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass sich die Frage zu TOP 9 „Ist der Eindruck richtig, dass sich die Befürchtungen aus der oben zitierten BPA Sitzung bewahrheitet haben?“ auf den wie vor genannten Text, der wie folgt lautet, bezieht: „Mehrere Sitzungsteilnehmer warnen vor der Gefahr, dass diese multifunktionale Parkfläche in der Praxis angesichts des Parkdrucks nur als Stellplatzersatz dient. Die Verwaltung sagt daraufhin zu, dieser Gefahr praktikabel

durch die Anordnung von Pollern und einer verschließbaren Schranke entgegenzutreten, ohne dass dies zu einer Überschreitung des aufgezeigten Kostenrahmens führt. Er weist darauf hin, dass noch keine Schranken und Poller aufgestellt worden seien.“

***Anmerkung der Verwaltung:***

*Die Anfrage wird in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantwortet.*

**14. Antrag der CDU-Fraktion zum Nachtrag Stellenplan 2011 AN/037/2011**

Stadtverordneter Wilde beantragt im Namen der CDU-Fraktion, im Stellenplan 2011 die Stelle Nr. 8/2011 „Stabsstelle Verwaltungsobererrat/-rätin“ ersatzlos zu streichen und begründet den Antrag im Einzelnen **(siehe Anlage)**.

Bürgermeister Sarach erklärt sein Unverständnis, dass der Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Zeitpunkt erst nach Diskussion über die Stellenbesetzung und dem mit Kosten verbundenen Ausschreibungsverfahren erfolgt ist. Aus dem Auswahlverfahren wurde eine qualifizierte Bewerberin gefunden. Er weist darauf hin, dass das Thema Stadtmarketing einen hohen Stellenwert habe und mit der Besetzung dieser Stelle erreicht werde.

Stadtverordnete Löwer äußert sich verwundert über den Zeitpunkt der Antragstellung.

Stadtverordneter Schmick verweist auf die finanzielle Situation der Stadt. Er appelliert an den Bürgermeister, die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal übernehmen.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass im Rahmen des Auswahlverfahrens bestätigt wurde, dass eine optimale Besetzung nicht möglich sei, da sowohl an Stadtmarketing und Büroleitung gegensätzliche Anforderungen gestellt werden, die in einer Person nicht zu erfüllen seien. Er verweist auf eine veränderte Situation durch voraussichtlich zukünftig einer verstärkten Beteiligung der WAS. Bevor eine hochdotierte Stelle mit Personal- und Pensionskosten für die nächsten 20/25 Jahre eingestellt werden würde, sei es besser, zu diesem Zeitpunkt die Stelle zu streichen.

Stadtverordnete Wilmer befürwortet die Stelle, da durch die Bereitstellung dieser Stelle die Stadt vermarktet werden soll, um Mehreinnahmen zu erhalten und die Stadt positiv darzustellen. Darüber hinaus stelle Stadtmarketing den Schwerpunkt der Stelle dar. Entsprechend den Auswahlgesprächen sei eine geeignete Besetzung der Stelle gefunden worden.

Stadtverordneter Bellizzi wird im Namen der FDP-Fraktion der Bereitstellung der Stelle zustimmen, da sie so, wie sie geschaffen und geplant sei, sinnvoll sei, um die Stadt weiter nach vorne zu bringen.

Dem Antrag des Stadtverordneten Haase auf Schluss der Debatte wird mit **18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen** zugestimmt.

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt: „Im Stellenplan 2011 wird die Stelle Nr. 8/2011 Stabsstelle/Verwaltungsobererrat/-rätin ersatzlos gestrichen.“

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>20 dafür</b>
	<b>10 dagegen</b>
	<b>3 Enthaltungen</b>

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

gez. Werner Bandick  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin